



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel (vom 2. bis zum 16. Februar)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

haus“ erblicken, ein Gebäude, das von den Architekten Laut und Hoffmann, den Erbauern des „Monumentes des Eisens“ auf der diesjährigen Leipziger Baufach-Ausstellung, errichtet werden wird. Es soll die vielseitige Verwendung des Glases bei unserer heutigen Baukunst in vorbildlicher Weise demonstrieren.

Daß reicher plastischer und gärtnerischer Schmuck allenthalben die architektonischen Leistungen unterstützen wird, versteht sich bei einer Ausstellung des Werkbundes, dem ja die bedeutendsten Künstler unserer Zeit angehören, von selbst.

So dürfen wir hoffen, daß im Sommer 1914 in Köln ein weiterer Markstein errichtet wird an dem Wege unserer kulturellen Entwicklung.



Reichs Spiegel

(Vom 2. bis zum 16. Februar)

Innere Fragen

Der spätere Geschichtsschreiber unserer zeitgenössischen Parteien wird wohl nur mit Zögern die jetzigen Strömungen im Lande „Einigungsversuche im Bürgertum“ nennen. Und doch wird ihm kaum etwas anderes übrig bleiben. Tatsächlich gehen starke Bestrebungen direkt auf das Ziel hin, den zertrümmerten Bülow-Block wieder aufzurichten; nur fehlt es an einem Bülow, der die Arbeit leisten könnte. Nachdem sich die Folgen des Wahlkampfes allenthalben gelegt haben, nachdem der Ausfall der Nachwahlen in verschiedenen Kreisen unseres Vaterlandes gleichfalls ein Abflauen der radikalen Stimmung erkennen läßt, tritt aus dem Nebel sowohl der gemeinsame Gegner wie das gemeinsame Ziel deutlicher hervor. Auf der einen Seite beginnt man sich des roten Wahlkampfgenossen doch schon etwas zu schämen, auf der andern tritt die Notwendigkeit immer rücksichtsloser an uns heran, gerüstet und geeint zu sein gegen das Ausland, das sich energischer als vor zwölf Jahren für die Kämpfe um neue Handelsverträge vorbereitet. Darum ist es auch stiller geworden in dem Streit zwischen Schwer- und Fertigindustrie, und nachdem im Herbst vorigen Jahres schon von einem Kartell der schaffenden Stände gemunkelt werden konnte, sollen wir schon am 26. d. M. das erfreuliche, eine scherzhafte Note nicht entbehrende Bild genießen, die Herren Schweighoffer und Stresemann unter Herrn Ballins Vorsitz für ein Zusammengehen aller weltwirtschaftlich Interessierten eintreten zu sehen. Wer sich der harten, oft ins persönliche Gebiet geleiteten Kämpfe zwischen Hansabund und Zentralverband bei den letzten Reichstagswahlen erinnert, wird zugeben, daß hier ein großer Schritt zum Frieden hin

getan ist. Die Frage ist nun, ob auch die Landwirtschaft Anschluß an das sich anbahnende Kartell finden wird.

Es scheint fast, als sollte es nicht der Fall sein. Denn beide, Schwer- und Fertiginindustrie, fordern von den nächsten Handelsverträgen einen modifizierten Zolltarif, der eine Erleichterung weltwirtschaftlicher Betätigung für Industrie und Handel im Gefolge hätte. Dem aber stehen die Zölle auf Agrarprodukte im Wege. Sie niedriger zu gestalten und dafür bessere Bedingungen für die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen einzuhandeln, das dürfte das eine einigende Ziel im gewerblichen Bürgertum sein.

Bei der Vertretung, die die Landwirtschaft gegenwärtig im Reichstage hat, — und dieser Reichstag soll die neuen Handelsverträge genehmigen — wird es sehr auf die Festigkeit der Regierung ankommen, wie weit die Industrie in ihren Forderungen auf Kosten der Landwirtschaft unterstützt werden wird oder nicht. Bei der sogenannten imperialistischen Tendenz, von der die gebildeten Schichten ergriffen sind, ist eher zu befürchten, daß man bei den Handelsverträgen die Interessen der Landwirtschaft zurücktreten läßt, als umgekehrt, und davor könnte nicht früh und energisch genug gewarnt werden. Industrie und Landwirtschaft sollten versuchen, sich so bald als möglich zu verständigen, noch ehe die Entscheidung über die Höhe der künftigen Zölle der Regierung des Herrn von Bethmann und dem heutigen Reichstag überlassen wird. Freilich wird es in erster Linie an der Haltung der Vertreter der Landwirtschaft im preußischen Landtage und im Reichstage liegen, ob nun solche Verständigung möglich wird. Die Art, wie Herr von Kardorff kürzlich mit den Nationalliberalen, insonderheit mit Herrn Schiffer umgegangen ist, dürfte einer Annäherung der liberalen und konservativen Parteien im gedachtem Sinne kaum dienen. G. Cleinow

Russische Dinge

Ohne Zweifel von weitesttragender Bedeutung für die Weltpolitik in ihrer Gesamtheit und deren Rückwirkungen auf das Deutsche Reich ist der Ministerwechsel in Rußland. Was er wirklich bedeutet, läßt sich heute allerdings noch nicht sagen. Was dahinter steckt, welche Richtung tatsächlich gesiegt hat, welche unterlegen ist, ob der französische Einfluß in Rußland noch stärker den deutschen verdrängen soll, ob eine weitere Sammlung der russisch-orthodoxen Kräfte im Innern stattfindet, das sind Fragen, die sich aus der zweiten Berufung des fünfundsiebzigjährigen Goremykin auf den Posten eines Ministerpräsidenten nicht ohne weiteres beantworten lassen. Goremykin gehört zwar zur konservativ-agrarischen Gruppe des Reichsrates, war ein Freund des altrussischen Aristokraten und Bärenjägers Spypjagin, der 1902 von Mörderhand fiel, — aber Goremykin als solcher bedeutet noch kein politisches Programm. Als er im April vor nunmehr acht Jahren den Einführer des Oktobermanifestes, den Grafen Witte, ablöste, bildete Goremykin zusammen mit Schwanebach lediglich

die Kulisse für die Arbeit anderer: für Stolypin, damals Minister des Innern, und für Gurko, den Landwirtschaftsminister. Goremykin selbst ist nur wenig hervorgetreten. Seine erste große Rede in der neuen Duma, die er meist ablas, zeigte nicht, daß hinter diesem Programm der Regierung auch der Mann stand, von dem es vorgetragen wurde. Das Mißtrauensvotum, das die Duma ihm damals bescherte, hatte somit auch nichts zu bedeuten.

Man hüte sich vor allen Dingen, Goremykin als einen Deutschenfreund zu reklamieren, weil er aus dem konservativen Kreise des russischen Adels stammte. Das Argument ist so verfehlt wie nur irgend möglich. Wirtschaftlich stehen diese Kreise unserer Zollpolitik feindlich gegenüber; politisch waren sie Freunde Preußens nur so lange, als dieses im Gegensatz zu Österreich stand; Freunde des geeinten Deutschen Reiches, das obendrein noch den Bund mit Österreich-Ungarn schloß, konnten sie nie und nimmer werden. So war es denn auch eine ganz natürliche Erscheinung, daß die Annäherung an Frankreich (schon 1871!) von diesen „konservativen“ Kreisen empfohlen wurde, daß in diesen „konservativen“ Kreisen der hauptsächlichste Widerstand gegen das Dreikaiserbündnis aufwuchs, und daß diese „Konservativen“ es waren, die die gesamte deutschfeindliche Politik solange gestärkt haben, bis die Verbindung mit Frankreich hergestellt war. Was wir an deutschfreundlicher Politik in Rußland sehen, ist ein Ausfluß der persönlichen Gesinnung, die die einzelnen Zaren den Königen von Preußen entgegenbringen. Unsere Freundschaft mit Rußland seit der Reichsgründung beruhte fast ausschließlich auf der Freundschaft der Monarchen und auf den Diensten, die besonders Preußen der russischen Dynastie in den schweren Krisen geleistet hat. Wenn Nikolaus der Zweite heute noch Kaiser von Rußland ist, so hat die Haltung Deutschlands während der letzten revolutionären Krise ihr großes Verdienst daran. Sie ging nicht, wie Herr Esasonow kürzlich in der Haushaltskommission sagte, darauf aus, die Notlage Rußlands zu nutzen. Deutschland hat vielmehr durch seine unzweideutige Stellungnahme für Rußland im Jahre 1905 und 1906 den Aufstand in Polen und Litauen verhindert. Solange die Zaren selbstherrlich regierten, vermochte ihr Einfluß selbst gegen die Stimmung der russischen Machthaber eine deutschfreundliche Politik durchzusetzen. Der zweite und dritte Alexander bieten dafür den besten Beleg. Heute sieht die Sache ganz anders aus. Das Volk regiert mit, und seine wirklichen Führer, nicht die Westler, haben durch Parlament und Presse, am meisten aber durch den Reichsrat, einen Einfluß gewonnen, der denjenigen des Hofes auf ein Minimum zurückdrängt. Unter diesen historischen Gesichtspunkt gestellt, muß auch die Ernennung Goremykins zunächst als ein Sieg der konservativen Moskowiterpartei betrachtet werden.

Wohin aber die Reise der russischen Politik gehen soll, davon wird man sich erst ein Bild machen können, wenn die Namen der neuen Männer bekannt sein werden, die Herr Goremykin in sein Kabinett bekommt, — dann wird sich auch entscheiden, ob die auswärtige Politik, ob die Finanz- und Wirtschafts-

politik oder die innere Politik die als die wichtigsten angesehenen Aufgaben stellt.

Heute darf nur soviel als sicher festgestellt werden, daß es, entgegen den aus Rußland kommenden Nachrichten, die Finanzwirtschaft und der Branntweinkonsum sicher nicht sind, die den Ministerwechsel veranlaßt haben: die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol bildeten schon seit mehr als zwölf Jahren das Fundament des russischen Budgets, und niemand in Rußland hat sich darüber so sittlich entrüstet, daß man je daran gedacht hätte, diese solide Grundlage anzutasten. Für das Ausland und zur Beruhigung einiger ängstlicher Gemüter wurden die famosen Nüchternheitskuratorien gegründet, deren Sitzungen wohl vornehmlich dazu da waren, festzustellen, daß die alte Smirnowka besser war als der Monopolschnaps Wittes. Im übrigen hat das Branntweinmonopol zweifellos zahlreiche, dem Schnapshandel anhaftende Mängel beseitigt. Wenn also Witte von seinen Berliner Pressetrabanten als der Stürzer Kowowzows hingestellt wird, so bedarf solche Auffassung sehr der Bestätigung. Mich will es bedünken, daß die bevorstehenden Ministerernennungen in zwei Richtungen ausschlaggebend sein werden: Stellung der russischen Regierung zu Orientfragen und damit zu Österreich-Ungarn und Stellung zur Agrarfrage.

Bezüglich der Stolypinschen Agrarreform herrscht in Rußland gegenwärtig etwa dieselbe Stimmung, wie gegen Ende der 1860er Jahre bezüglich der Folgen der Bauernbefreiung. Der russische Großgrundbesitz als Ganzes genommen hat vorläufig unter den Folgen der Reform schwer zu leiden, und das um so mehr, als gleichzeitig industrielle Hochkonjunktur die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte verringert und verteuert. Wie bei uns suchen die russischen Großagrarien das Tempo der inneren Kolonisation nach Kräften zu verlangsamen, was nur möglich sein wird durch gleichzeitig bremsende Gesetze auf politischem Gebiet. Nun aber hat man die Macht und es wäre unpraktisch, sie nicht zu nutzen. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß, ähnlich wie im Jahre 1868, eine stärkere Reaktion im Innern einsetzt, begleitet von einer amtlich zunächst nicht öffentlich unterstützten nationalistischen Agitation, die sich gegen die Habsburgische Monarchie richtet, um dadurch, ähnlich wie in den 1870er Jahren, die Unzufriedenheit im Innern nach außen abzulenken.

Aus den Reden, die jüngst im russischen Oberhause gehalten wurden, könnte man folgern, daß die Orientpolitik den führenden Kreisen am meisten am Herzen liegt, um so mehr, als die russische Diplomatie seit Jahren auf der Balkanhalbinsel Niederlage auf Niederlage erlitten. Auch ein scheinbar unbedeutendes Detail lenkt die Beobachtung in dieser Richtung: der Sprachenstreit der Juden in Palästina. Dem Fernerstehenden wird es fast wie ein Treppenwitz der Weltgeschichte erscheinen, daß dieselben jüdischen Kreise, die seit Jahrzehnten im heftigsten Kampf gegen die russische Regierung stehen, nunmehr die Geschäfte dieser Regierung in der asiatischen Türkei besorgen müssen: die Zionisten! Der sogenannte Sprachenstreit in Palästina, der zu einer offenen

Fehde zwischen den großen jüdischen Wohlfahrts-Gesellschaften geführt hat, der Streit, der äußerlich darum geht, ob in den jüdischen Schulen Palästinas hebräisch in größerem Umfange gelehrt werden soll oder nicht, ist praktisch genommen nichts anderes, als ein Vorstoß von Franzosen und Russen — diese hinter amerikanische Agitatoren versteckt —, gegen den deutschen Einfluß im Orient. Diese Tatsache hebt den Kampf des Hilfsvereins deutscher Juden gegen die Zionisten in Palästina weit über die Bedeutung einer jüdischen Angelegenheit hinaus. Der Hilfsverein — an seiner Spitze steht der bekannte Berliner Kaufherr, Philantrop und Kunstsammler Dr. James Simon — will in den von ihm finanzierten Schulen in Palästina die deutsche Sprache als Unterrichtssprache behalten, mit der zutreffenden Begründung, daß die Juden im Orienthandel nur dann eine einflußreiche Stellung gewinnen können, wenn sie eine der großen Kultursprachen beherrschen. Die Zionisten wünschen dagegen entsprechend dem sogenannten Baseler Programm die alt-hebräische Sprache zur Grundlage allen Unterrichts für die nach Palästina gezogenen Juden zu machen. Ihr Ziel ist: „die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“ für das jüdische Volk.

Solange die Türkei noch stark genug erschien, ihr Territorium unangetastet zu erhalten, konnte man die zionistische Bewegung mit theoretischem Interesse verfolgen, ohne ihr große politische Bedeutung bezumessen. Jetzt, wo zwei so mächtige Faktoren der Orientpolitik, wie Frankreich und Rußland, direkt auf die Aufteilung der Türkei hinstreben, gewinnt der praktisch betätigte Zionismus ein anderes Gesicht, und ich darf hier Gedanken wiederholen, die ich vor etwa zehn Jahren, damals ohne Verständnis zu finden, in einem Vortrage in der Deutsch-Asiatischen Gesellschaft ausgesprochen habe. Ich wies auf die Notlage der Juden in Rußland hin, auf die Gefahr, die nicht nur dem russischen Staate, sondern auch der ganzen kultivierten Welt erwache, wenn so viele Millionen Menschen geradenwegs zur Revolution erzogen würden, und führte dann weiter aus, daß Rußland nur zwei Auswege aus dieser Sackgasse habe: Aufhebung der die Juden beschränkenden Gesetze oder kräftige Unterstützung des Zionismus; beides würde für Rußland einen ungeheuren Zuwachs an weltwirtschaftlicher Aktionskraft bedeuten; im ersten Falle durch die Belebung des Handels und Verkehrs, im zweiten durch den großen Einfluß, den es durch Vermittlung der Zionisten auf die Gestaltung der Geschichte der Türkei erhalten könne. Wie schon angedeutet, meine Ausführungen wurden von meinen deutschen Hörern in der Diskussion mit jenem Wohlwollen hingenommen, das man aus gesellschaftlichen Gründen „Anfängern“ entgegenbringt; die anwesenden Zionisten erklärten es in ihrer temperamentvollen Art für Verleumdung, ihre Bestrebungen mit den Interessen der russischen Regierung in Zusammenhang zu bringen. Ich sprach damals nicht ohne nähere Kenntnis der russischen Judenpolitik und stand besonders unter dem Eindruck eines Gesprächs, das ich im Jahre 1901 mit dem damaligen Minister des Innern Sypjagin geführt hatte. Er sagte etwa: Ruß-

Land müsse danach trachten, möglichst viel Juden zur Auswanderung zu bringen. Die ausgewanderten Juden seien sowohl in Amerika wie in Palästina Stützen der russischen Politik, im Innern dagegen ein unberechenbarer Sprengstoff. Im Jahre 1903 hat sich Syppjagins Nachfolger Plehwe ähnlich gegen Herzl, den Zionistenführer, geäußert, die direkte Unterstützung der Zionisten aber unter Hinweis auf mögliche Mißbelligkeiten mit Frankreich abgelehnt. Später, im Jahre 1906, fand ich Bestätigung meiner Auffassungen durch Gringmut, den verstorbenen Chef der Moskawskija Wjedomosti, das Organ jener Kreise, die heute durch Goremykin repräsentiert werden; er entwickelte seine Ideen über russische Judenpolitik dahin, daß Rußland den Zionismus benutzen könne, um den Zusammenbruch der Türkei zu beschleunigen. Die Konstellation der politischen Faktoren, die die russischen Politiker abgewartet haben mochten, um die Juden in dem erwähnten Sinne zu nutzen, scheint inzwischen eingetreten zu sein und mit Hilfe amerikanischer Agenten wird das Streben der Zionisten in der Sprachenfrage unterstützt. Gelänge es in der Tat, in Palästina einen nennenswerten Teil russischer Juden anzusiedeln und die Türkei dadurch um einen unruhigen Bevölkerungsteil zu bereichern, so gewänne die russische Orientposition eine Stärkung, der wir nichts ähnliches entgegenzusetzen vermöchten.

Das ist in groben Zügen das große Problem, das hinter dem Sprachenstreit in Palästina steht. Unsere nationalen Politiker sollten sich nicht durch ihre antisemitischen Gefühle verleiten lassen, die Frage zu ignorieren. Es steht mehr auf dem Spiel, als es den Anschein haben mag, und der Hilfsverein deutscher Juden, der auf der Verbreitung der deutschen Sprache besteht, beweist, daß seine Leiter das deutsche Interesse zu würdigen wissen. So sympathisch die zionistische Bewegung vom rein völkischen Standpunkt anmuten mag, die Haltung ihrer Führer in der Sprachenfrage bringt sie in scharfem Gegensatz zu den deutschen Interessen im Orient, und die Versammlungen der Zionisten, die in diesen Tagen überall im Deutschen Reich stattfinden, bedeuten offenes Eintreten für die Interessen Rußlands.

G. Cleinow

